



Forderungen des Landesverbands Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2022

1 Unabhängigkeit & Versorgungssicherheit

Forderung: Der LEE SH fordert die Landesregierung auf, sich für eine unabhängige und umweltfreundliche Energieversorgung einzusetzen.

Begründung: Die Branche der erneuerbaren Energien kann eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung gewährleisten, die gleichzeitig Unabhängigkeit garantiert und Importabhängigkeiten auflöst. Sie kann darüber hinaus den Weg ebnen, CO₂-freie Produkte zu exportieren.

2 Ausbauziele den Klimazielen anpassen

Forderung: Der LEE SH fordert von der zukünftigen Landesregierung, umgehend konkrete Einspeiseziele für die Erzeugungsarten Wind, Photovoltaik, Bioenergie und Wasserstoff bis zur Erreichung der Klimaneutralität zu definieren. Die Einspeiseziele und die sich daraus ableitenden Ausbauziele sind im EWKG festzuschreiben, jährlich zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die daraus resultierenden Chancen für Schleswig-Holstein sind offensiv zu kommunizieren.

Begründung: Die aktuelle Kopplung im EWKG an die Bundesziele bzw. die Ziele des Pariser Abkommens und der UN reichen nicht aus, um Bevölkerung und Wirtschaft den Weg zur Klimaneutralität aufzuzeigen und das Potenzial Schleswig-Holsteins auszuschöpfen.

3 Erneuerbare Energien als zentraler Wirtschaftsfaktor für Schleswig-Holstein

Forderung: Die Landesregierung muss dem Ausbau und der Nutzung der erneuerbaren Energien ab sofort Vorrang gewähren und sich zu den erneuerbaren Energien als zentralem Wirtschaftsfaktor bekennen.

Begründung: Die erneuerbaren Energien sind die Grundlage für die Dekarbonisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Branche bietet eine große Anzahl an vielseitigen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Sie sichert die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und fördert die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen. Sie ist herausragender Standortfaktor für Schleswig-Holstein, von dem die Kommunen, das Land und somit auch die Bürger*innen durch weitere Wertschöpfung profitieren.



4 Sektorenkopplung vorantreiben

Forderung: Der LEE SH fordert, die Nutzung erneuerbarer Energien in den Sektoren Verkehr und Wärme energisch voranzutreiben. Dafür ist ein zügiger und unbürokratischer Ausbau der grünen Wasserstoffproduktion unabdingbar.

Begründung: Nur die sektorenübergreifende Nutzung von erneuerbarem Strom für die Produktion von grünem Wasserstoff, erneuerbarer Wärme und für Elektromobilität ermöglicht die vollständige Ausschöpfung der Erzeugungspotentiale. Außerdem reduzieren sich die Kosten für den Netzausbau. Die forcierte Nutzung erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein macht das Land zum Vorreiter bei der Wasserstoffproduktion und Dekarbonisierung. So profitieren Gesellschaft, Industrie und die Wirtschaft von sinkenden Energiekosten und die Akzeptanz steigt.

5 Zusätzliche Netzanbindungskapazitäten schaffen

Forderung: Der LEE SH fordert, dem Ausbaupfad entsprechende zusätzliche Netzanbindungskapazitäten diskriminierungsfrei zu schaffen.

Begründung: Die Branche ist bereit für einen zügigen Ausbau von Wind- und Freiflächen-Photovoltaik. Die dafür erforderliche Netzanbindung ist zeitgleich zu gewährleisten. Sie gewinnt nicht nur an Bedeutung für die Versorgungssicherheit, sondern ist auch Voraussetzung für die Sektorenkopplung in Schleswig-Holstein. Nur bei Aufnahme in die Verteilnetze kann der zusätzliche erneuerbare Strom für die Wasserstoffproduktion, den CO₂-freien Verkehr und für erneuerbare Wärme in Schleswig-Holstein genutzt werden.

6 Duldungspflicht von Kabeltrassen

Forderung: Wir fordern, analog zu Glasfasern, eine Duldungspflicht von Kabeltrassen zu regenerativen Solar- und Windparks zu angemessenen und definierten Entschädigungen.

Begründung: Der Netzausbau ist im öffentlichen Interesse zur Erreichung der Klimaziele und der Gewährung von Versorgungssicherheit. Der Gesetzgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass Kabeltrassen als Grundlage der Energiewende diskriminierungsfrei und zügig gebaut werden.



7 Biogas

Forderungen: Der LEE SH fordert, dass die Landesregierung die Netzdienlichkeit und die Grundlastfähigkeit von Biogasanlagen für die Versorgung mit erneuerbarem Strom anerkennt und diese im EWKG verankert. Wir fordern außerdem die Landesregierung auf, diese besondere Rolle der Grundlastfähigkeit von Biogas anzuerkennen und aktiv zu kommunizieren. Auf Sondernutzungsgebieten müssen Biogas bzw. erneuerbare Gase produziert und genutzt werden können, ohne dass ein B-Plan zu erstellen ist. Der LEE SH fordert außerdem Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen wie der AwSV, um mehr Gülle in den vorhandenen Biogasanlagen verwerten zu können. Die Einstufung von Gülle als Nebenprodukt i. S. d. Abfallrechts ist möglichst unbürokratisch umzusetzen.

Begründung: Biogas ist ein wichtiger Baustein für die Versorgungssicherheit und ist netzdienlich. Biogasanlagen haben ihren Betrieb der Wärmenachfrage angepasst und fahren saisonal. Sie erzeugen im Winter mehr Gas – und damit auch mehr Strom und Wärme - als im Sommer. Sie sind also Speicherkraftwerke, die Strom in Grund- und Spitzenlast sowie Wärme und Kraftstoff (CNG/LNG) anbieten können. Die dezentrale, d. h. erzeuger- und verbrauchernahe Nutzung der Bioenergie ist ein wichtiger Beitrag für die erneuerbare Wärme und Wärmenetze im ländlichen Raum. Biogasanlagen verwerten alle Arten organischer Masse. Eine verstärkte Nutzung von Wirtschaftsdünger wie Gülle und Reststoffen reduziert die klimaschädlichen Methanemissionen der Landwirtschaft. Obendrein wirken die Biogasanlagen durch den Anbau von Pflanzen als CO₂-Senke.

8 Solarenergie

Forderung: Der LEE SH fordert mehr Flächen für Freiflächen-Photovoltaik.

Begründung: Mit einer modernen Anlagengestaltung können die Planer und Betreiber diese mit einer fortgesetzten landwirtschaftlichen Nutzung in Einklang bringen. Freiflächen-Photovoltaik ist gut kombinierbar mit extensiver Landwirtschaft, z.B. Grünlandbewirtschaftung. Somit lassen sich Flächenkonkurrenzen stark reduzieren.

Forderung: Der LEE SH fordert den Erhalt der kommunalen Planungshoheit bei Freiflächen-Photovoltaik.

Begründung: Nur mit kommunaler Planungshoheit ist ein schneller Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik möglich. Eine Regionalplanung würde den erforderlichen Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik erheblich verzögern und die Flexibilität der Kommunen einschränken.

Forderung: Der LEE SH fordert, keine Gebietskulissen für Freiflächen-Photovoltaik pauschal als ungeeignet auszuschließen, sondern im Zuge einer geeigneten Verwaltungsvorschrift bauleitplanerische Planungsgrundsätze zu definieren.



Begründung: Dies hat den erheblichen Vorteil einer konkreten Steuerung des Einzelfalls. Damit lassen sich die projektspezifischen Belange zielgerichtet adressieren und die vielfältigen positiven Auswirkungen von Freiflächen-Solarenergieanlagen besser berücksichtigen.

Forderung: Der LEE SH fordert die PV-Pflicht auf Parkplätzen bereits ab einer Größe von 35 Stellplätzen.

Begründung: Die aktuelle Zahl von 100 Stellplätzen ist sehr hoch angesetzt und wird dem aktuellen Bedarf nach der Nutzung geeigneter Flächen wie z.B. Parkplätzen nicht gerecht.

9 Wind onshore

Forderung: Der LEE SH fordert eine ausreichende Ausweisung der Flächen für den Zubau von Windenergie. Diese müssen gewährleisten, dass Schleswig-Holstein seiner klimapolitischen Verantwortung nachkommt und seine Standortvorteile und sein Potential nutzen kann.

Begründung: Ausgewiesene Flächen lassen sich derzeit weder optimal bebauen noch nutzen. Schleswig-Holstein muss seinen Standortvorteil nutzen und trägt damit maßgeblich zur Erreichung der deutschen Klimaziele bei. Die benötigte Fläche ergibt sich rechnerisch und nicht politisch. Alternativ ist eine Kompensation durch zusätzliche Flächen und Standorte erforderlich, was jedoch höhere gesellschaftliche Kosten zur Folge hat.

Forderung: Der LEE SH fordert eine kritische Überprüfung aller Erlasse, die sich genehmigungsverhindernd, genehmigungsverzögernd und den Betrieb einschränkend auswirken. Wir fordern deutlich beschleunigte und landesweit einheitliche Genehmigungsverfahren für Windenergievorhaben. Das ließe sich zum Beispiel in der Praxis durch Mehrtypengenehmigungen umsetzen.

Begründung: Zur Erreichung der landeseigenen Ausbauziele für Windenergie an Land braucht es schnellere und effizientere Genehmigungsverfahren.

Forderung: Der LEE SH fordert den Ausbau der Windenergie zu verstetigen.

Begründung: Für eine unabhängige Energieversorgung ist ein verstetigter Ausbau unabdingbar. Die Branche braucht eine mittel- und langfristige Planungssicherheit, um den benötigten höheren Strombedarf zu decken und ihren Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Ziele leisten zu können.



10 Wasserstoff

Forderung: Der LEE SH fordert eine Angleichung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Elektrolyseure und weitere H₂-Infrastrukturen im Außenbereich an sonstige Energieinfrastrukturen.

Begründung: Für die sichere Energieversorgung sind heute bspw. Umspannwerke oder BHKW im Außenbereich privilegiert. Um zügig die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien zu ermöglichen, ist diese Privilegierung auch für die grüne Wasserstoffinfrastruktur einzuführen.

Forderung: Wir fordern, dass das Land sich für eine Reformierung der Abgaben und Umlagen auf netzdienliche Systemdienstleistungen stark macht.

Begründung: Netzentlastung muss als wichtige Systemdienstleistung der Energiewende von Abgaben und Umlagen ausgenommen werden. Sowohl Speicherung als auch Flexibilitäten tragen zur Netzentlastung bei. Die netzdienliche Erzeugung von Wasserstoff in Hybridanlagen wie Windenergie mit Elektrolyseur beugt Netzengpässen vor und stellt zugleich die Energiemengen anderen Sektoren bereit. Dafür müssten Elektrolyseure von der EEG-Umlage befreit und ebenso die Netzentgelte entfernungsabhängig und verursachergerecht ausgestaltet werden.

Forderung: Der LEE SH fordert einen technologieoffenen und sektorenübergreifenden Einsatz des Energiespeichers Wasserstoff. Ziel muss jetzt ein schneller Markthochlauf sein. Die Schaffung eines funktionierenden Markts für Wasserstoff ist durch entsprechende Richtlinien und Vorgaben zu gewährleisten. Hierfür soll die Landesregierung sich im Bund einsetzen.

Begründung: Wasserstoff ist ein entscheidendes Speichermedium für erneuerbaren Strom und Energieträger für andere energetische Nutzungen wie Industrie, Wärme oder Verkehr. Die Marktaktivierung ist insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr, im Schwerlastverkehr und in der regionalen Schifffahrt herbeizuführen. Dazu gehört insbesondere der sofortige Umstieg auf emissionsfreie Antriebe bei öffentlichen Ausschreibungen. So erhält auch der Nachhaltigkeits-Tourismus im Land einen Schub.

11 Kommunale Energiewende

Forderung: Der LEE SH fordert eine zügige Befähigung der Verwaltungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Des Weiteren fordern wir den Abbau von Hindernissen im Genehmigungsrecht sowie die Beschleunigung der Digitalisierung der Kommunen.

Begründung: Um die Klimaziele der Kommunen zu erreichen, fehlt es häufig an fachlichem Know-how. Jedoch ist die Expertise der verantwortlichen Verwaltung zum Ausbau der erneuerbaren Energien eine wesentliche Voraussetzung für die Umgestaltung der Energieversorgung. Sie ermöglicht in Kombination mit digitalisierten Abläufen die Beschleunigung der Projektumsetzungen.



Forderung: Der LEE SH fordert das Land auf, Kommunalpolitik und Verwaltung in den Belangen der Energiewende gezielt und effektiv zu unterstützen. Als konkrete Unterstützung soll das Land Fördermaßnahmen im Energie-Effizienzbereich für die Kommunen entwickeln.

Begründung: Die Kommunen sind die Kenner der örtlichen Gegebenheiten und die Akteure vor Ort. Nur mit Einbindung der Kommunen kann die Energiewende insgesamt gelingen. Bei der Umsetzung der Energiewende und dem Erreichen der Klimaziele nehmen Kommunen und Gemeinden eine wesentliche Rolle ein.

Forderung: Der LEE SH fordert das Land auf, die Kommunen zu verpflichten, eigene Klimaziele zu definieren.

Begründung: Das Erreichen der Klimaziele ist nur möglich, wenn Verantwortlichkeiten eindeutig und konkret definiert, sowie verbindlich verankert werden und alle Ebenen ihren Beitrag leisten. Zur Umsetzung der Klimaziele könnte die Verankerung der „Energiewende“ in der Gemeindeordnung ein erfolgreicher Hebel sein.

12 Mobilitätswende

Forderung: Der LEE SH fordert den massiven Ausbau von Ladesäulen und Schnellladestationen. Vorrangig ist eine Betankungsinfrastruktur für erneuerbare Antriebsstoffe in der Nähe erneuerbarer Energieerzeuger erforderlich. Bidirektionales Laden muss Grundvoraussetzung beim Ausbau sein.

Begründung: Eine beschleunigte Verkehrswende erfordert den netzdienlichen Ausbau der Infrastruktur. Nur mit der entsprechenden Infrastruktur für das Laden bzw. Tanken erneuerbarer Antriebsstoffe ist klimaneutrale Mobilität zu erreichen. Gleichzeitig nutzen die schleswig-holsteinischen Verkehrsteilnehmer dann die vor Ort erzeugte grüne Energie.

Forderung: Die Digitalisierung im Verkehrssektor ist voranzutreiben.

Begründung: Digitales Lastmanagement bis an die Wallboxen ist die Voraussetzung dafür, dass sich Fahrzeugflotten als Regelkraftwerke, für die Notstromversorgung und die Sektorenkopplung nutzen lassen.

Forderung: Wir fordern die attraktive Förderung der ressourcensparenden Umrüstung von Verbrennungsmotoren auf saubere Mobilität bei Nutzfahrzeugen, Bussen, im Zugverkehr, Straßengüterverkehr und in der Schifffahrt.

Begründung: Häufig ist ein Umrüsten wirtschaftlicher und schneller realisierbar bei großen Fahrzeugen wie Bussen und LKW als ein Neukauf. Mit Umrüstungen lässt sich die Dekarbonisierung im Verkehrssektor beschleunigen und deren gesellschaftliche Kosten sinken.